

S. 12
Dresden
r. Finke
Hennberg
ionäre
ung
K. 2008
Jugend
en und
.

Dresdner Volksblatt

**Skandal im
Dresdner Rathaus**
Seite 5

Hauptschredaktion: Dresden
K. 1288, Roden & Comp.
Organ für das Volk

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der

Bei Eintritt von Sitzungen landwirtsch. Art. ist es durch über ohne Einfluß höherer Gewalt, bei der Bezüger der Dresdner Volkszeitung

Abbestellung: Die 30 mm breite Monatszeitschrift 35 Pf., die 40 mm breite Wochenzeitschrift 2 Pf., für außerhalb 40 Pf. u. 2.50 Pf., abzüglich Preisermäßigung laut Tarif, Familienanzahligen, Stellen- u. Vereinsliste 20 Pf. netto. Für Briefmarken 10 Pf. Einzelr. 10 Pf.

Nr. 39 Dresden, Mittwoch, den 15. Februar 1933 44. Jahrgang

Enthüllungen im Landtag

Die schwedische Antwort an Göring

In der gestrigen Sitzung des Sächsischen Landtags sprach der sozialdemokratische Abgeordnete Böchel über die Gefahr, die durch das Verhalten der gegenwärtigen Reichsregierung für den deutschen Export heraufbeschworen wird. Er nahm dabei insbesondere Bezug auf den Brief, den der nationalsozialistische Reichsminister Göring an die Göteborger Handels- und Seefahrtszeitung gerichtet hat, weil diese einen Aufsatz über Deutschland gebracht hatte, der für Herrn Göring und seine Freunde

nicht angenehm war. Der Genosse Böchel verlas dabei die Antwort, die das Göteborger Blatt Herrn Göring gegeben hat. Die Ausführungen des Blattes sind in unserem Landtagsbericht bei der Wiedergabe der Rede des Genossen Böchel abgedruckt.

In der bürgerlichen Presse und von den bürgerlichen Nachrichtenbüros werden, soweit wir sehen können, die Ausführungen Böchels über die schwedische Antwort an Göring vollständig unterschlagen.

Standpunkt vertreten müssen, daß nach Artikel 125 der Reichsverfassung Wahlfreiheit und Wahlgeheimnis gewährleistet sind und daß deshalb jede amtliche Wahlbeeinflussung wie jede gewalttätige Einwirkung einer Partei auf die Wähler verboten sind und zur Nichtigkeit der Wahl führen müssen.

Besonders bedauerlich und beschämend sind die Vorgänge in der letzten Sitzung des Ueberwachungsausschusses deshalb, weil der Vorsitzende Löbe bereits mit einer Trauerkundgebung für die Opfer von Neunkirchen begonnen hatte und den sozialdemokratischen Antrag auf Anwendung von 10 Millionen Mark an die Geldbedürftigen vorweg bezahlen lassen wollte. Ebenso wurde die Beratung eines Antrages auf Maßnahmen gegen die Stilllegung der Juche Sachen verhindert. Die fortschreitende Verwilderung unserer politischen Sitten geht daraus hervor, daß ausgerechnet ein Vertreter der Rechtspflege, der nationalsozialistische Rechtsanwalt Frank II. den Vorsitzenden beiseitestieß, und daß im Gegenteil ein Volksvertreter, der Volksparteiler Morath, von den Nationalsozialisten mit Faustschlägen mißhandelt wurde.

Versfassungsbruch im Reichstag

Die Sprengung des Ueberwachungsausschusses

Was sagt der Staatsanwalt?!

Im Hauptausgang des Reichstages haben die Nationalsozialisten gestern wiederum durch einen Gewaltstreik die Beratungen des Ausschusses verhindert. Löbe wurde mit Gewalt von seinem Vorsitz verdrängt. Der Volksparteiler Morath wurde mißhandelt. Die Nazis benahmen sich wie in einer Maschermaske. Auf der Tagesordnung stand u. a. die Weiterberatung des Osthilfeabals. Da die Nazis diese Beratung wiederum verhindern wollten, wurden die Wähler den Schluß zu ziehen wissen, daß die Hitler-Partei eine Mißachtung der Osthilfeaktion zu scheuen hat. Unser Berliner Büro schreibt uns zum politischen Hintergrund und den Konsequenzen des Ausschussstreiks:

feinen Parteifreunden gegenüber nicht mehr in der Lage, den einzelnen Leuten der Volksvertretung nach der Auflösung des Reichstages bis zum Zusammentritt des neuen Reichstages, den sogenannten ständigen Ausschüssen, das verfassungsgemäß garantierte Arbeiten zu ermöglichen. Das beweist, daß wir in einen Zustand hineingeraten sind, der sich mit der Verfassung nicht mehr vereinbaren läßt.

Dieser Tatsache gegenüber sind die eigentlichen Beweggründe der Nationalsozialisten für ihr Vorgehen nebenbeiartiger Art. Auf der Tagesordnung des Ausschusses standen auch Anträge zur Sicherung der Wahlfreiheit und die Frage der Weiterberatung der Osthilfe-Angelegenheit.

Wie unangenehm den betroffenen Kreisen die Weiterberatung des Osthilfeabals wäre, ist bekannt.

Angeht die zahlreichen, nicht selten recht merkwürdig begründeten Presse- und Versammlungsverbote im Reich würde den Nationalsozialisten als Regierungspartei wohl auch die Förderung der Wahlfreiheit recht reinlich gewesen. Die Reichsregierung hätte nämlich auch ihnen gegenüber den

Das deutsche Strafbuch bedroht die „Heldentaten“ der Nationalsozialisten Streicher, Heines, Frank usw. mit Zuchthausstrafe nicht unter fünf Jahren.

Man hat bis jetzt nichts davon gehört, daß die Täter auf Anordnung der Staatsanwaltschaft sofort oder im Laufe des folgenden Tages ergriffen und vor den Schnellrichter gestellt worden wären. In diesem Falle hätte ihnen die Immunität, auf die sie zu ländigen privilegiert, nicht genügt. Die Unterlassung dieser Maßnahme zeigt eine Schwäche der Staatsgewalt, die das Vertrauen und die Autorität und Unparteilichkeit des Rechtsstaates untergraben muß.

Die nichtkramolierenden Parteien, mit Ausnahme der Deutschnationalen, haben sich wegen der nationalsozialistischen Provokationen teils an den Reichspräsidenten als den obersten Hüter der Verfassung, teils an die Öffentlichkeit gewendet. Das deutsche Volk hat ein Recht darauf, zu wissen, ob Recht und Verfassung gegen jede Gruppe,

Hugenberg diktiert

Was sagt Hitler dazu? - Nichts!

Wir finden im Organ der christlichen Gewerkschaften, Der Deutsche, folgende wichtige Enthüllung: Es wurde an dieser Stelle wiederholt darauf hingewiesen, daß Hugenberg in der gegenwärtigen Regierung als mehrfacher Minister eine außergewöhnliche Machtposition hat. Er hat die Ministerien befehligt, mit denen er am erfolgreichsten gegen die Arbeitnehmer vorgehen kann. Für wie stark die Deutschnationalen die Position ihres Führers im gegenwärtigen Kabinett selbst halten, geht aus einem Brief hervor, den das Finanzministerium der Deutschnationalen Volkspartei von Groß-Berlin an finanzkräftige Persönlichkeiten richtete. Der Brief lautet:

„Sehr geehrter Herr!

Mit der Berufung der National-Regierung Hitler-Hugenberg-Wapen-Selbte durch den Herrn Reichspräsidenten von Hindenburg ist auch für die Wirtschaft ein entscheidender Wendepunkt in der nachkriegszeitlichen Entwicklung eingetreten. Der deutschnationale Parteiführer Dr. Hugenberg ist als Führer der vereinigten wirtschaftlichen Ministerien im Reich und Preußen in diesem Kabinett der sichere Garant dafür, daß nunmehr eine glücklichere Zukunft in allen Teilen der Wirtschaft einsetzt, die privatwirtschaftlichen Grundlagen von neuem befestigt und sozialistische Tendenzen aus der Führung der Wirtschaftspolitik ferngehalten werden.

Es kann nicht zweifelhaft sein, daß ein Mißlingen der gigantischen Aufgabe, die sich die Regierung Hitler-Hugenberg-Wapen-Selbte gestellt hat, sehr leicht das Ende jeder bürgerlichen Ordnung in Deutschland auf unabsehbare Zeit bedeuten kann. Der diese Alternative in heute die Wirtschaft in besonderem Maße gefährdet.

Das als vertraulich bezeichnete Schreiben klopft mit der Aufforderung, den Wahlkampf durch finanzielle Unterstützung zu kräftigen. Der Brief zeigt deutlich, wie berechtigt unsere Sorge um die zukünftige Wirtschaft und Sozialpolitik ist. Es gibt zwar Arbeitnehmer, die zu Hitler ein so großes Vertrauen haben, daß sie Hugenberg und Wapen nicht fürchten. Diese Vertrauensseligkeit geht entschieden zu weit. Hugenberg hat seine Hand an Steuer der Wirtschaft. Hitler redet und Hugenberg arbeitet, heißt es jetzt schon in deutschnationalen Parteiversammlungen.

Jeder geschulte Gewerkschafter weiß, was er von der Befestigung der „privatwirtschaftlichen Grundlagen“ und der Fernhaltung sozialistischer Tendenzen zu halten hat. Der Begriff sozialistisch geht in der Hugenberg-Partei sehr weit. Das nur irgendwie von Arbeitnehmerseite den Willen der Wirtschaftsführer fördert, ist dort sozialistisch. Fernhalten sozialistischer Tendenzen heißt bei der Hugenberg-Partei Niederhaltung der Arbeitnehmer unter den Willen der „Wirtschaft“. Es ist bekannt, daß Hugenberg auch schärfster Gegner der sozialistischen Tendenzen in der NSDAP ist. Das vertrauliche Rundschreiben zeigt erneut, wie widersinnig die Verbindung der extremen, privatkapitalistischen Ideen der Hugenberg-Partei mit nationalsozialistischen Ideen ist.

Im übrigen zeigt das Schreiben jedem Arbeitnehmer, daß der von Hugenberg, Wapen und Selbte neugeführte schwarzweihrote Wahlblock ihre schärfste Gegnerschaft verdient.

Die nationalsozialistischen Mitglieder der gegenwärtigen Reichsregierung haben ohne jeden Vorbehalt den Eid auf die geltende demokratisch-republikanisch-parlamentarische Staatsverfassung geleistet. Indes bemühen sich die nationalsozialistischen Reichstagsabgeordneten um den Nachweis, daß ihre Partei an der alten antiparlamentarischen und verfassungsfeindlichen Einstellung nachdrücklich festhält. Ihr Verhalten, das sie auch am Dienstag im Ueberwachungsausschuß des Reichstages wieder an den Tag legten, erinnert daran, daß sie bereits im Juli vorigen Jahres die Tagungen dieses Ausschusses verhindern wollten. Damals weigerte sich der nationalsozialistische Vorsitzende, den Ausschuß trotz einem Verlangen der Mehrheit einzuberufen. Der Ausschuß tagte dann ohne die Nationalsozialisten. Der Ueberwachungsausschuß des am 6. November 1932 gewählten Reichstages ist nun von den Nationalsozialisten bereits zweimal auseinandergeprengt worden. Das erstmalig — vor acht Tagen — bedienten sich die Nationalsozialisten des Vorwandes, daß ihr Führer von dem Vorsitzenden des Ausschusses während des Wahlkampfes in Lippe beleidigt worden sei. Am Dienstag erklärten sie ganz offen, daß sie eine Tagung des Ausschusses unter einem „marxistischen“ Vorsitzenden überhaupt nicht mehr dulden würden.

Nach der Geschäftsordnung des Reichstages steht die Handhabung der Ordnungsgewalt im Reichstag dem Reichstagspräsidenten zu. Er hat insbesondere die Würde und die Rechte des Reichstages zu wahren und seine Arbeiten zu fördern. Er allein übt nach der Verfassung das Hausrecht und die Polizeigewalt im Reichstagsgebäude aus. Er ist verpflichtet, die Sicherheit und Ordnung aufrechtzuerhalten und gegen polizeiwidrige Zustände jeder Art, allenfalls mit Hilfe der staatlichen Behörden, einzuschreiten. Reichstagspräsident ist gegenwärtig der Nationalsozialist Göring, der gleichzeitig das Amt eines Reichsministers und Reichskommissars in Preußen bekleidet. Herr Göring ist nach der ersten Sprengung des Ausschusses vom Vorsitzenden Löbe auf seine Besorgnisse und Wünsche gegenüber den nationalsozialistischen Sitzensrieden hingewiesen worden. Aus der Presse mußte er Kenntnis davon haben, daß die Nationalsozialisten oberhalb der Störung der Verhandlungen des Ausschusses beabsichtigten. Trotzdem hat er nichts dagegen unternommen. Er hält es also für überflüssig, aber sieht sich

Dresdner Chronik

Geburt und Tod

Sinkende Zahlen

Nach der neuesten Aufstellung des Reichsgesundheitsamtes wurden im Jahre 1932 in den 19,5 Millionen Einwohner umfassenden deutschen Großstädten 166 858 Ehen geschlossen, 210 788 lebende Kinder von arbeitsfähigen Müttern geboren und 107 130 Gestorbene registriert. Danach sind im Jahre 1932 die Heirats-, Geburten- und Sterbezahlen weiterhin gesunken. Die Abnahme der Geburtenzahlen war dabei weit ausgedehnter. Die auf 100 Lebendgeborene berechnete Säuglingssterblichkeitszahl ist von 9,2 im Jahre 1929 erfreulicherweise bis auf 7,5 im Jahre 1932 gesunken und hat damit einen neuen Minimalwert erreicht. Ueberhaupt haben die Sterbefälle gegenüber 1931 in allen Altersklassen abgenommen, vor allem bei den Kleinkindern und Jugendlichen, deren Zahl allerdings von Jahr zu Jahr merklich geringer wird, im Gegensatz zur Zunahme der höheren Altersklassen, deren Sterbefälle auch nur wenig vermindert sind. Im Vergleichsjahre 1932 haben gerade die Sterbefälle an den Alterskrankheiten, wie Krebs, Gehirnschlag und Zuckerkrankheit, weiter zugenommen; auch die Zahl der Sterbefälle an Herzkrankheiten ist gestiegen. Bemerkenswert ist die erneute Abnahme der Tuberkulosesterblichkeit, die in den einzelnen Vierteljahrszahlen 1932 (1931) die folgenden Werte, auf 10 000 Lebende berechnet, zeigte: 8,1 (9,5); 8,5 (8,8); 6,9 (7,1); 7,0 (7,4).

Stimmkarten einsehen!

Die Stimmkarten der Stadt Dresden und des selbständigen Stadtbezirks Albertstadt für die am 5. März stattfindende Reichstagswahl liegen vom 19. bis mit 26. Februar, werktags von 12 bis 20 Uhr, Sonntags von 10 bis 18 Uhr, zu jedermanns Einsicht öffentlich aus. In der heutigen Dresdner Volkszeitung sind im amtlichen Teile sämtliche Straßen und Plätze innerhalb des Stadtbezirks und die Ausgelegenen benannt, außerdem werden an öffentlichen Anschlagtafeln in den einzelnen Ausgelegenen Benennungen angegeben, aus denen ersichtlich ist, wo der Stimmberechtigte seine Karte einsehen kann.

Verlegt sind die bisherigen Ausgelegenen Kiosktischplakate 4 nach der Schanzwischstraße 38, Rinkenhangstraße 38, und Lueder Str. 121 nach der 84. Volksschule, Cossbader Str. 35. Für den Stadtbezirk Albertstadt liegt die Karte aus vom höher im Geschäftszimmer der Stadtbezirksverwaltung, Königstraße 123, Strg.

Da nur derjenige wählen kann, der in die Stimmkarte eingetragen ist, empfiehlt es sich, die Karte einzusehen. Einsprüche gegen die Stimmkarten können bis mit 26. Februar schriftlich oder mündlich an den Ausgelegenen unter Vorlegung des Einwohnermeldebescheides angebracht werden. Sowie Einsprüche nicht sofort für begründet zu erachten sind, werden sie spätestens bis zum 3. März erledigt.

Standal im Rathaus

Nationalsozialistische Provokation im Ratkollegium

Wie in einem Tollhaus ging es gestern, wie wir erfahren, in der sonst so seriösen Dresdner Ratsitzung zu. Die sieben Nationalsozialisten, die neu in den Rat eingetreten sind, kamen in ihren Braunhemden an. Erst leisteten sie treu und brav den Eid auf die Verfassung. Aber wie dieser Eid gemeint ist, das erfuhre man einige Minuten später. Offenbar im höheren Auftrag gab der jüngste der sieben „Selben“ eine schnoddrige Erklärung ab, die sich gegen die bisher tätigen Ratsmitglieder im allgemeinen und natürlich gegen die Margisten im besonderen richtete. Ganz offen forderte er die Beseitigung der Margisten und die Umbildung der Stadtverordnetenversammlung. Die bisherige Geschäftsordnung soll abgelöst werden durch eine neue. Die Margisten sollen von der Verwaltung der Stadt ausgeschlossen sein. Nur Leute mit „deutscher Gesinnung“ gelten für die Herren des Dritten Reiches.

Mit diesen und ähnlichen Platteien führte sich die nationalsozialistische Ratsfraktion ein, ohne daß der Oberbürgermeister die durchaus geschäftsordnungswidrigen Schnoddrigkeiten unterband. Die sozialdemokratischen und kommunistischen Ratsmitglieder verwarnten sich auf das schärfste gegen die nationalsozialistischen Anpöbeleien, und es kam zu scharfen Rebegezeiten, wie sie der Rat noch nicht erlebt hat. Diese letzten sich fort bei der Geschäftsverteilung, die zu Beginn einer neuen Tagungsperiode vorgenommen werden muß. Obwohl für die Zuteilung der Dezerate allein der Oberbürgermeister verantwortlich ist, ging er darauf ein, die Verhandlung auf Grund nationalsozialistischer Anträge zu vertagen. Von sozialdemokratischer Seite wurde entschieden verlangt, diese Anträge der Nationalsozialisten bekanntzugeben. Nur durch Zufall erfuhre man, daß sie die Ausschreibung aller marxistischen Mitglieder von praktischer Verwaltungstätigkeit verlangen. Das ist sowohl nach der Reichs- wie nach der Landesverfassung und nach der Sächsischen Gemeindeordnung ungesetzlich. Auch den bürgerlichen Ratsmitgliedern war das Auftreten der Nationalsozialisten sichtlich peinlich.

Schließlich fand ein Antrag auf Vertagung der Ratsitzung Annahme, denn ein sachliches Arbeiten war durch das Auftreten der Nationalsozialisten ohnehin unmöglich gemacht.

So wie sich gestern die nationalsozialistischen Neulinge in der Dresdner Ratsitzung eingeführt haben, haben sie wieder einmal ein klassisches Beispiel für Deutschlands sittliche Erneuerung überhaupt gebracht, die sie angeblich erstreben.

Ueber diese Sitzung verbeitet die Stadthauptkassier folgende amtliche Mitteilung:

Zu Beginn der Ratsitzung erfolgte durch Oberbürgermeister Dr. Müllig vor versammeltem Rat und in Gegenwart einer Abordnung der Stadtverordneten, bestehend aus den Vorstehern Dr. Kluge und Dr. Thirmer und den Stadtverordneten Verwaltungsdirektor Büttger, Oberbürgermeister Dr. Neumann und Schultheiß, die Einweisung und Verpflichtung des auf 12 Jahre wiedergewählten Stadtbaurats Dr.-Ing. Leske und der neu- und wiedergewählten ehrenamtlichen Ratsmitglieder Oberlehrer i. H. Wolf (Lautsch), Oekonomierat Timmgen (Erat), Bauh. (Hausbesitzer), Obermeister Kunkel (Handw.), Rechtsanw. Dr. Kaiser (P. Sp.), Schriftleiter Barthel, Parteisekretär Zander, Regierungsrat Friedrichs, Schriftleiter Edel, Direktor Härtel, Gewerkschaftssekretär Kurpat (ZWD.), Tischler Schwarz, Oberlehrer Schrapel, Metallarbeiter Kuna, Dreher Weber (KPD) und Kaufmann Veit, Kaufm. Angeh. Fritzer, Böttcherm. Meißner, Buchbinder, Hotelbesitzer Köhler, Oberjustizsekretär Klotsche, Dr. med. Müller, Rechtsanw. Dr. Schreiber (Nazi). Namens der Stadtverordneten wurden die neuen Ratsmitglieder vom Stadtverordnetenvorsteher Dr. Kluge begrüßt.

In der anschließenden Sitzung ergaben sich bei der zur Beratung stehenden Geschäftsverteilung im Rate weitgehende Vereinbarkeiten. Darüber wird zunächst im Meldeamt ein Bericht des Rates eine Eingung herbeizuführen sein.

Der für die Stadt entfallende Notenaufwand der am 5. März 1933 stattfindenden Reichstagswahl wurde unter Berücksichtigung des im Haushaltsplan für 1933 vorgesehenen Budgetes und unter Anerkennung der Tringlichkeit bewilligt.

Arbeitsunterdrückung als Notdelikt

Strafgeißel in die eigene Tasche

Für den Schöffengericht Dresden wurde in einer Sitzsache gegen den Polizeioberwachmeister L. verhandelt, der der Unterdrückung im Amt beschuldigt war. Der Beamte hat im Sommer vorigen Jahres nach sogenannten Auftritten, die er während seiner Dienstgänge gegen Eingabe von Leistungen an die Betroffenen vornahm, in 14 Fällen die jeweils erhaltene Karte nicht abgeliefert, sondern für sich verwahrt. Nach der für ihn geltenden Vorschrift war das vernehmliche Geld sofort nach Beendigung des Dienstes in der Wache abzugeben und der Vorgang zu protokollieren. Die Verfehlungen wurden im August bei Gelegenheit einer Strafmarkenprüfung entdeckt.

Wie sich in der jetzigen Verhandlung ergab, bezog L. weiterhin als Verheirateter mit zwei kleinen Kindern und einem dritten Kind, für das er monatlich 38 M. zu zahlen hatte, ein Deutsches von 240 M., von dem 55 M. auf die Miete entfielen. Er auch noch eine Schuld an Arztkosten bestand, schrumpfte der Unterhaltsetat beträchtlich zusammen. Der Angeklagte, dem eine Mindeststrafe von drei Monaten Gefängnis drohte, hat denn auch Kostgeld geltend gemacht. Das Gericht wendete dann das Amtsentgelt an, hob den Eröffnungsbescheid auf und stellte das Verfahren ein.

Die Zwangsversteigerung des Forstverwalters Seidwin

reduktionsfähig. In der seit dem Oktober 1931 gegen den bisherigen Eigentümer des sogenannten Forstverwalters Seidwin laufende Zwangsversteigerung wurde das Amtsgericht Dresden am Sonnabend eine Entscheidung dergestalt, daß dem Meistbietenden im dritten, Anfang Januar durchgeführten Versteigerungstermin, dem Dresdner Bankhaus Passenow u. Fröhlich, das Grundstück zugeschlagen wird. Das genannte Grundstück hatte im letzten Termin für das nahezu 50 Hektar große Grundstück das mit seinen ausgedehnten Wiesen und Feldern einen ganz erheblichen Teil der früheren Gemeinde Seidwin einnimmt, ein Verkaufserlös in Höhe von 330 000 M. abgegeben, während die Versteigerungsummen in den beiden vorhergehenden Versteigerungsterminen erheblich höher lagen. Das Grundstück, das tatsächlich einen viel höheren Wert hat, der bei künftiger dauerhafter Erschließung dieses Gebietes erst richtig in Erscheinung treten dürfte — der amtliche Schätzwert dieses Gebietes betrug 987 500 M! —, ist folglich zu einem außerordentlich geringen Betrag in anderen Besitz übergegangen.

Reichsbankdirektor Dresden. Mit dem Ende des laufenden Monats tritt der Leiter der Reichsbankdirektion Dresden, Reichsbankdirektor Richter, infolge der Erreichung der gesetzlichen Altersgrenze in den Ruhestand. Zu seinem Nachfolger wurde Reichsbankdirektor Kühnert, Duisburg, berufen.

Zwei Verbeirathungen für das Richard-Wagner-Jahr 1938 hat die Reichsbahnverwaltung für den Deutschen Reichsbahn-Verkehr, Berlin, herausgebracht. Eine mit zahlreichen Bildern ausgestattete Schrift im sogenannten Doppeldecker-Format ist ausschließlich Richard-Wagner, seinem Leben und Schaffen gewidmet. Dr. Julius Haug, der Leiter der Berliner Staatsoper und Wagner-Biograph, führt den Faden einer Reihe durch Wagners Lebensstätten in Deutschland. Was diese Richard-Wagner-Verbeirathungen bedeuten, zeigt dem Reizenden außerdem an Lebenswirklichkeit zu bieten haben, wird in einem darauffolgenden Aufsatz geschildert. Ein Richard-Wagner-Gedenkbuch, Wagners und Ausstellungen ist ein dritter Beitrag. Die Verbeirathung ist mit einem Verzeichnis der wichtigsten musikalischen Veranstaltungen des Wagner-Jahres 1933 in Deutschland, eine zweite Verbeirathung, die als Halbband erschienen ist, bringt ein Programm der wichtigsten musikalischen Veranstaltungen zum 50. Geburtstag Richard-Wagners und daran anschließend zum 100. Geburtstag von Johannes Brahms (7. Mai 1833) sowie der weiteren Muhrveranstaltungen des Jahres. Um eine möglichst weite Verbreitung im Ausland zu erreichen, werden die Verbeirathungen außer in deutscher Sprache in englischer, französischer und italienischer Sprache ausgeben.

Was ist Kärmil?

Sorge um die Volksernährung oder Interessenspolitik?

gwk. In einer Zeit, in der die Volksernährung mehr und mehr unter dem Gesichtspunkt des Verwendungsangeses betrachtet wird, muß jedes neue Unternehmen und jede Propaganda in der Nahrungsmittelversorgung mit Argwohn betrachtet werden. Wir haben vor kurzem eine Werbung gesehen, die die von den landwirtschaftlichen Verbänden am 23. Januar im Vertikahaus in Berlin abgehaltene Veranstaltung für das neue Ergebnis der deutschen Landwirtschaft — das „Kärmil“ — sieben Millionen Liter Magermilch, die jährlich bei der Butterherstellung übrigbleiben, zum Absatz bringen, die Einweihung der Bevölkerung sicherstellen, das sind in der Zeit volkswirtschaftliche Fragen von ungeheurer Bedeutung. Diese beiden Ziele waren so in den Vordergrund der Veranstaltung gerückt, daß andere und vor allem kritische Gesichtspunkte gar nicht in Betracht kamen, daß man nicht einmal den bestehenden Dohn empfand, der in den Tagen der Vorkriegsperiode die Worte „Stadt und Land, in einer Aufgabe vereint“ bedeuten mußte.

Was ist Kärmil? Kann es die ihm gestellte Aufgabe der Verwendung des ungeheuren Milchüberschusses in Deutschland und der besseren Einweihung lösen? Und wie soll das vor sich gehen? Von Preis und Profit wurde am 23. Januar nicht gesprochen. Da gab es nur eine „unpolitische“, nationale Aufgabe.

Was ist Kärmil? Milch in der Papierform? Trockene Magermilch mit Legitimität. Ein weißes Pulver, unter Luftabschluß aufzubewahren. Es wird sonst klumpig. Nach Auflösung sofort zu gebrauchen, denn es färbt genau wie Milch. Gewonnen wird Magermilch durch ein besonderes Trockungsverfahren aus Magermilch. Magermilch ist entfettede Milch, enthält aber dieselbe Menge Eiweiß wie vollmilchige Milch, ist ein hauptsächlich aus Eiweiß bestehendes, hochwertiger und sonst sehr seltener fettähnlicher Aufbaustoff. Geschmacklich wird Kärmil nicht ganz einseitlich beurteilt. Der Geschmack soll etwas dumpf sein. Verbesserungen sind offenbar durch Beimengungen erreicht. Es gibt Suppenmischungen und Gemüsemischungen. Alles in allem stellt das Präparat ein wertvolles Nahrungsmittel dar, dessen Verwendung sparsam ist. Am Eifer der Propaganda haben die Profiktoren und Direktoren dem Kärmil eine Stellung gebaut, die es in der grauen Wirklichkeit des häuslichen Alltags nicht so ohne weiteres einnehmen wird. Wissenschaftlich liegt sich gegen die Behauptung, daß Kärmil ein Nahrungsmittel und kein Ersatzmittel sei, nichts einwenden. Aber die vom Erzieher herkommende Abneigung gegen alles, was wie Erziehung aussieht, wird der Einführung des Kärmils große Schwierigkeiten bereiten. Das Wort Magermilch ist auch nicht angehend. Mit ihm wird die falsche, aber sehr eingewurzelte Vorstellung einer minderwertigen Milch verbunden.

Zu eifrige Bemühungen der Wissenschaft erwecken noch den im Kriege mit ihr gemachten Erfahrungen leicht den Verdacht, daß ihre Behauptungen und Gutachten auf Gefälligkeit beruhen können. Das Referat, das Prof. Adler, ein Schüler Kubners, auf der Tagung hielt, versuchte dem Kärmil eine recht ansehnliche ernährungsphysiologische Grundlage zu geben. Dazu ist zu sagen: Die Ernährungslehre ist nicht nur ein Einzelproblem. Man kann nicht allein von Eiweiß leben. Ueber die Wirkung großer Legitimitäten, besonders eines nicht natürlich der Nahrung eingebauten Legitimität, muß heute noch mit Zurückhaltung gesprochen werden.

Und nun die heikle Frage: „Wer alles ist am Kärmil interessiert?“ Wir anerkennen die berechtigten Interessen der Landwirte und der Verbraucher. Aber der Ausgangspunkt des Kärmils ist gar nicht so sehr die Magermilch, als vielmehr das Legitimin. Daher kommen auf einmal die großen Mengen dieses sonst seltenen Stoffes? Im das Karzinomen, müssen wir an die Stelle der Margarinefabrikation bzw. eines Stoffes geben, der für die Margarinefabrikation bestimmt geworden ist. Die bei der Verarbeitung der fett- und eiweißreichen Sojabohne zu Sojabl entfallenden Abfälle enthalten in großen Mengen Legitimin. Den Gesamtanlagen Hamburgs fällt die Vaterstadt für das Kärmil zu. Das Legitimin ist ein Gekochtes des Abfalls. Es kostet nichts. Die Gekochungsstoffe der Magermilch betragen noch nicht vier Pfennig pro Liter. Die Produktionskosten des Kärmils werden kaum höher zu berechnen sein, 100 Gramm Kärmil — ein Liter Milch — acht Pfennig. Der Verkaufspreis des Kärmils beträgt aber mehr als das Doppelte. Für die Winterhilfe wurde verbleibendes Kärmil zum Preise von 17,5 Pfennig zur Verfügung gestellt. Bei einigen Millionen Liter Magermilch, die verarbeitet werden, kommt ein Profit von mehreren hundert Millionen Mark heraus. Die Indulna, Industrie für landwirtschaftliche Ernährungszugriffe, die das Kärmil produziert, macht zusammen mit den Hamburger Danfämühlen kein kleines Geschäft. Aber auch die Landwirtschaft stellt beträchtliche Gewinne ein. Am Vorstand der Reichsbrotgesellschaft ist man der Ansicht, daß bei vorzüglicher Berechnung der Rebertrag pro Kuh durch Verwertung der entfallenden Milch zu Kärmilvollstoff auf 72 M. im Jahr veranschlagt werden könne.

Aber entscheidend ist doch schließlich, ob die Verbraucher das Kärmil annehmen. Die ganze Aktion steht und fällt mit dem Preis. Sie hat nur dann einen Sinn, wenn das Produkt so billig ist, wie es den niedrigen Gekochungsstoffen entspricht. Es handelt sich um Magermilch. Mehr als 12 Pf. pro Liter sind weder volks- noch ernährungswissenschaftlich zu vertreten. Die Fertigkeiten werden also ihre Profitrate reduzieren müssen.

LUXOR 3 1/3

Die Ägypter haben niemals Tabak angebaut, aber sie sind wahre Meister in der Kunst, aus edlen Tabaken unerreichte Mischungen zu bereiten. — Nach einem solch' altbewährten ägyptischen Original-Rezept wird die neue LUXOR-Zigarette im Ägypter-Format gefertigt.

HANDBPACKT Eine LUXOR eine Delikatesse sechs LUXOR ein Fest!

Staatliche Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Das Arbeitsamt...

Polizeibericht

Handeltwörter. Gestern abend gegen 10.30 Uhr wurde auf...

Unterstützungsschmidler. Der Schüler Ernst Mühl...

Waldschützentrüb. Mittels Nachschlüssel drangen Einbrecher...

Dresdner Umgebung

Niederfeldig. Freiwillig aus dem Leben scheid...

Gesellschaft. Im Gegensatz zu den Versammlungen der SPD...

Uebungen. Ein brauner Tamenhund ist am Sonntag...

Gruppe Altkath. Alle Mitglieder werden aufgefordert...

Gruppe Altkath 4. Freitag, abends 8 Uhr, im Altkath...

Gruppe Altkath 5. Freitag, abends 8 Uhr, im Altkath...

Gruppe Altkath 6. Freitag, abends 8 Uhr, im Altkath...

Gruppe Altkath 7. Freitag, abends 8 Uhr, im Altkath...

Gruppe Altkath 8. Freitag, abends 8 Uhr, im Altkath...

Gruppe Altkath 9. Freitag, abends 8 Uhr, im Altkath...

Gruppe Altkath 10. Freitag, abends 8 Uhr, im Altkath...

Gruppe Altkath 11. Freitag, abends 8 Uhr, im Altkath...

Gruppe Altkath 12. Freitag, abends 8 Uhr, im Altkath...

Gruppe Altkath 13. Freitag, abends 8 Uhr, im Altkath...

Gruppe Altkath 14. Freitag, abends 8 Uhr, im Altkath...

Gruppe Altkath 15. Freitag, abends 8 Uhr, im Altkath...

Gruppe Altkath 16. Freitag, abends 8 Uhr, im Altkath...

Gruppe Altkath 17. Freitag, abends 8 Uhr, im Altkath...

Gruppe Altkath 18. Freitag, abends 8 Uhr, im Altkath...

Gruppe Altkath 19. Freitag, abends 8 Uhr, im Altkath...

Gruppe Altkath 20. Freitag, abends 8 Uhr, im Altkath...

Gruppe Altkath 21. Freitag, abends 8 Uhr, im Altkath...

Gruppe Altkath 22. Freitag, abends 8 Uhr, im Altkath...

Gruppe Altkath 23. Freitag, abends 8 Uhr, im Altkath...

Gruppe Altkath 24. Freitag, abends 8 Uhr, im Altkath...

Gruppe Altkath 25. Freitag, abends 8 Uhr, im Altkath...

Gruppe Altkath 26. Freitag, abends 8 Uhr, im Altkath...

Gruppe Altkath 27. Freitag, abends 8 Uhr, im Altkath...

Gruppe Altkath 28. Freitag, abends 8 Uhr, im Altkath...

Gruppe Altkath 29. Freitag, abends 8 Uhr, im Altkath...

Parteinachrichten für Groß-Dresden

Stichtag: Wettinplatz 10. L. - Seite 19367 u. 19476

Da-Dberg-Frauenvereinigungen

Wegen der Reichstagswahl am 3. März sind die vorerwähnten...

4 geschlossene Frauenvereinigungen

Nach für unsere Genossinnen hat. Als Vorbild für alle vier...

Genossin Clara ist eine anerkannte und mutige Bekämpferin...

Die vier Frauenvereinigungen haben folgende Namen:

1. Gruppe Altkath. 2. Gruppe Altkath 2. 3. Gruppe Altkath 3.

4. Gruppe Altkath 4. 5. Gruppe Altkath 5. 6. Gruppe Altkath 6.

7. Gruppe Altkath 7. 8. Gruppe Altkath 8. 9. Gruppe Altkath 9.

10. Gruppe Altkath 10. 11. Gruppe Altkath 11. 12. Gruppe Altkath 12.

13. Gruppe Altkath 13. 14. Gruppe Altkath 14. 15. Gruppe Altkath 15.

16. Gruppe Altkath 16. 17. Gruppe Altkath 17. 18. Gruppe Altkath 18.

19. Gruppe Altkath 19. 20. Gruppe Altkath 20. 21. Gruppe Altkath 21.

22. Gruppe Altkath 22. 23. Gruppe Altkath 23. 24. Gruppe Altkath 24.

25. Gruppe Altkath 25. 26. Gruppe Altkath 26. 27. Gruppe Altkath 27.

28. Gruppe Altkath 28. 29. Gruppe Altkath 29. 30. Gruppe Altkath 30.

31. Gruppe Altkath 31. 32. Gruppe Altkath 32. 33. Gruppe Altkath 33.

34. Gruppe Altkath 34. 35. Gruppe Altkath 35. 36. Gruppe Altkath 36.

37. Gruppe Altkath 37. 38. Gruppe Altkath 38. 39. Gruppe Altkath 39.

40. Gruppe Altkath 40. 41. Gruppe Altkath 41. 42. Gruppe Altkath 42.

43. Gruppe Altkath 43. 44. Gruppe Altkath 44. 45. Gruppe Altkath 45.

46. Gruppe Altkath 46. 47. Gruppe Altkath 47. 48. Gruppe Altkath 48.

49. Gruppe Altkath 49. 50. Gruppe Altkath 50. 51. Gruppe Altkath 51.

52. Gruppe Altkath 52. 53. Gruppe Altkath 53. 54. Gruppe Altkath 54.

55. Gruppe Altkath 55. 56. Gruppe Altkath 56. 57. Gruppe Altkath 57.

58. Gruppe Altkath 58. 59. Gruppe Altkath 59. 60. Gruppe Altkath 60.

61. Gruppe Altkath 61. 62. Gruppe Altkath 62. 63. Gruppe Altkath 63.

64. Gruppe Altkath 64. 65. Gruppe Altkath 65. 66. Gruppe Altkath 66.

Bereins- und Versammlungs-Kalender

Bereinsversammlung. 1. 2. 3. 4. 5. 6. 7. 8. 9. 10. 11. 12. 13. 14. 15.

Gruppe Altkath 1. 2. 3. 4. 5. 6. 7. 8. 9. 10. 11. 12. 13. 14. 15.

Gruppe Altkath 16. 17. 18. 19. 20. 21. 22. 23. 24. 25. 26. 27. 28. 29. 30.

Gruppe Altkath 31. 32. 33. 34. 35. 36. 37. 38. 39. 40. 41. 42. 43. 44. 45.

Gruppe Altkath 46. 47. 48. 49. 50. 51. 52. 53. 54. 55. 56. 57. 58. 59. 60.

Gruppe Altkath 61. 62. 63. 64. 65. 66. 67. 68. 69. 70. 71. 72. 73. 74. 75.

Gruppe Altkath 76. 77. 78. 79. 80. 81. 82. 83. 84. 85. 86. 87. 88. 89. 90.

Gruppe Altkath 91. 92. 93. 94. 95. 96. 97. 98. 99. 100. 101. 102. 103. 104. 105.

Gruppe Altkath 106. 107. 108. 109. 110. 111. 112. 113. 114. 115. 116. 117. 118. 119. 120.

Gruppe Altkath 121. 122. 123. 124. 125. 126. 127. 128. 129. 130. 131. 132. 133. 134. 135.

Gruppe Altkath 136. 137. 138. 139. 140. 141. 142. 143. 144. 145. 146. 147. 148. 149. 150.

Gruppe Altkath 151. 152. 153. 154. 155. 156. 157. 158. 159. 160. 161. 162. 163. 164. 165.

Gruppe Altkath 166. 167. 168. 169. 170. 171. 172. 173. 174. 175. 176. 177. 178. 179. 180.

Gruppe Altkath 181. 182. 183. 184. 185. 186. 187. 188. 189. 190. 191. 192. 193. 194. 195.

Gruppe Altkath 196. 197. 198. 199. 200. 201. 202. 203. 204. 205. 206. 207. 208. 209. 210.

Gruppe Altkath 211. 212. 213. 214. 215. 216. 217. 218. 219. 220. 221. 222. 223. 224. 225.

Gruppe Altkath 226. 227. 228. 229. 230. 231. 232. 233. 234. 235. 236. 237. 238. 239. 240.

Gruppe Altkath 241. 242. 243. 244. 245. 246. 247. 248. 249. 250. 251. 252. 253. 254. 255.

Gruppe Altkath 256. 257. 258. 259. 260. 261. 262. 263. 264. 265. 266. 267. 268. 269. 270.

Gruppe Altkath 271. 272. 273. 274. 275. 276. 277. 278. 279. 280. 281. 282. 283. 284. 285.

Gruppe Altkath 286. 287. 288. 289. 290. 291. 292. 293. 294. 295. 296. 297. 298. 299. 300.

Gruppe Altkath 301. 302. 303. 304. 305. 306. 307. 308. 309. 310. 311. 312. 313. 314. 315.

Gruppe Altkath 316. 317. 318. 319. 320. 321. 322. 323. 324. 325. 326. 327. 328. 329. 330.

Gruppe Altkath 331. 332. 333. 334. 335. 336. 337. 338. 339. 340. 341. 342. 343. 344. 345.

Gruppe Altkath 346. 347. 348. 349. 350. 351. 352. 353. 354. 355. 356. 357. 358. 359. 360.

Gruppe Altkath 361. 362. 363. 364. 365. 366. 367. 368. 369. 370. 371. 372. 373. 374. 375.

Gruppe Altkath 376. 377. 378. 379. 380. 381. 382. 383. 384. 385. 386. 387. 388. 389. 390.

Gruppe Altkath 391. 392. 393. 394. 395. 396. 397. 398. 399. 400. 401. 402. 403. 404. 405.

Gruppe Altkath 406. 407. 408. 409. 410. 411. 412. 413. 414. 415. 416. 417. 418. 419. 420.

Gruppe Altkath 421. 422. 423. 424. 425. 426. 427. 428. 429. 430. 431. 432. 433. 434. 435.

Sachsen

Kulturaufgaben leiden!

Schulabbau in Sachsen

Durch Wolffs Sächsischen Landesdienst wird nachstehende...

Auf Grund der Anregungen des zur Prüfung von Sparmaß-

nahmen von der Konferenz der Finanzminister der Länder vom...

20. September 1932 eingeleiteten Ausschusses hat das sächsische...

Ministerium für Volksbildung unter dem 14. 1. R. eine Verordnung...

über die Vermittlung der Lehr- und Lernmittel erlassen. Die...

Vermittlung der Lehr- und Lernmittel erlassen. Die...

Vermittlung der Lehr- und Lernmittel erlassen. Die...

Vermittlung der Lehr- und Lernmittel erlassen. Die...

Vermittlung der Lehr- und Lernmittel erlassen. Die...

Vermittlung der Lehr- und Lernmittel erlassen. Die...

Vermittlung der Lehr- und Lernmittel erlassen. Die...

Die sächsischen Staatsfinanzen. Die Ausgaben des säch-

schen Staates in den Monaten April bis einschließlich De-

zember 1932 betragen im ordentlichen Haushalt 294 Mil-

lionen Mark, die Einnahmen 196,8 Millionen Mark, so daß...

die Ausgaben im laufenden Jahr ein Defizit von rund 97 Mil-

lionen Mark ergibt. Am außerordentlichen Haushalt betragen die...

Die gefährlichen Minister. Das sächsische Geheißblatt Nr. 2...

vom 13. Februar enthält die Ausführungsverordnung des säch-

schen Innenministeriums zur Verordnung des Reichspräsidenten...

zum Schutze des deutschen Volkes. Danach gilt das sächsische...

Innenministerium als oberste Landesbehörde im Sinne der Ver-

ordnung des Reichspräsidenten. Leitende Beamte, die vor Ver-

urteilung durch den Reichspräsidenten oder durch ein Ver-

urteil durch den Reichspräsidenten oder durch ein Ver-

urteil durch den Reichspräsidenten oder durch ein Ver-

lichen Stundenlöhner um 1/5 bis 1/3 Pf. abgebaut, während sie in...

den übrigen Tarifbezirken in ihrer alten Höhe bleiben. Die...

Wochen- und Monatslöhne ermäßigen sich in allen Tarif-

bezirken um 5 Prozent. Der Lohn der Monatslöhner umfaßt...

das Futtergeld für Füttern und Füttern und Füttern...

und Feiertagen. Monatslöhner, die das Füttern und Füttern...

im Haus und Hof vorbereiten und Aufbaumarbeiten nicht...

bezogen, erhalten von den vorgezeichneten Beträgen 10 Prozent...

Am Tarifgebiet Dresden ist die wöchentliche Sonder-

entschädigung für Gleisführer und Schenker, soweit sie nicht...

zu den Monatslöhnern gehören, von einer wöchentlichen Pauschale...

auf der Grundlage von Tarifbestimmungen für die einzelnen...

Arbeiten neu festgesetzt worden. Die Bestimmungen über die...

Verkostung erhält in allen Tarifbezirken einheitlich folgende...

Bestimmung: Männliche Arbeiter, soweit sie Haushaltungsarbeiten...

Die deutschen Reichstagskandidaten im Wahlkreis Leipzig

Die deutschen Reichstagskandidaten im Wahlkreis Leipzig

Die deutschen Reichstagskandidaten im Wahlkreis Leipzig

Lebensfragen der Arbeiterschaft

Die Sünden der Hitler-Regierung

Ehrendoktor Weber begreift nicht...

In der gestrigen Sitzung des Landtags wurden die Lebensfragen der Arbeiterschaft, die sich mit der Frage der Arbeitsbeschaffung beschäftigen, behandelt. Auf nachdrücklichste vertrat die Arbeiterpartei die Forderung, daß endlich energische Maßnahmen ergriffen werden, um dem Riesenerdbeber der Arbeitslosigkeit Einhalt zu bringen. Genosse Arndt hat insbesondere hervor, daß verhindert werden müsse, Arbeitslose auch im höheren Grade in den Verbrauchsgüterindustrien zu beschäftigen, und nicht nur, wie das heute z. B. bei der Durchführung des Geringfügigen Programms geschieht, sondern auch in den öffentlichen Dienststellen. Mit aller Entschiedenheit wandte er sich gegen die Auffassung, daß man warten könne, bis die Wirtschaft von selbst wieder gesund werde. Ohne staatliche Eingriffe ginge es nicht, und die Existenz von 7 Millionen Arbeitslosen sei wichtiger als die Unantastbarkeit des Privatbesitzes.

Weber, der Ehrendoktor der Bergwissenschaft, Finanz-

minister und Wirtschaftsparteiler a. D. und jetzt wohlbestalltes Mitglied der Deutschnationalen Partei, jagte die Sprüche hin, die man von diesen Leuten gewohnt ist. Arndt hatte darauf hingewiesen, daß bei früheren Krisen die Selbstheilungskräfte der kapitalistischen Gesellschaft stark genug gewesen waren, um die Krise zu überwinden, daß jetzt aber offenbar diese Kräfte nicht mehr ausreichen. Das kann ein Mann wie Weber nicht begreifen. Aber was soll man auch verlangen? Daß die kapitalistische Gesellschaft heute wesentlich anders aussieht als vor einigen Jahrzehnten, das wird solchen Leuten, wie diesem Weber, nie klar werden. Da zu reicht es bei ihnen nicht, auch wenn sie sich noch so oft zum Ehrendoktor ernennen lassen. Das alte Sprichwort, daß Gott dem, der ein Amt hat, auch den dazugehörigen Verstand gibt, soll eben nicht immer zutreffen.

Der christlichsozial Abgeordnete Plei hielt eine längere Rede darüber, daß der Export gekürzt werden müsse. Er mußte sich von dem staatsparteilichen Abgeordneten Kaffner vorhalten lassen, daß seine Partei im Reich die Regierung Hitler-Sugenberg unterstütze, die so vieles tue, den deutschen Export zu schädigen.

bekanntlich Massenleuten eingeführt, die zum allergrößten Teile auf die Schultern der Arbeiter gelegt wurden.

Die Nationalsozialisten haben, und ganz besonders bei der Novemberwahl, diese Notverordnungen in Grund und Boden verworfen, und einen Teil ihrer Wahlsieger mit der Papen-Notverordnung bestritten. Jetzt ist es auch in dieser Beziehung im nationalsozialistischen Wählerwahlstilige worden, genau so wie in bezug auf das angebliche Arbeitsbeschaffungsprogramm. Jetzt, wo Herr Hitler Reichskanzler geworden ist, und mit Herrn von Papen und den seinen Leuten seinen Frieden gemacht hat, hört man von der Aufhebung der Notverordnungen ebenfalls etwas wie von der Brechung der Zinsknechtschaft und der Herabsetzung des Berliner Vertrages. (Sehr wahr! bei den Soz.)

Die an sich völlig unzulänglichen Winterhilfsmaßnahmen laufen nur bis zum 31. März. Dann wird auch die Forderung der mehr als 600 sächsischen Orte in die 2. Klasse wieder rückgängig gemacht. Bis dahin sind nur noch 61 Wochen Zeit. Es wird also Zeit, daß sich die Regierungen Gedanken darüber machen.

Was nach dem 31. März mit den ausgemergelten Arbeitslosen geschehen soll.

Verlängert die Regierung Hitler nicht, wenigstens diese Unterstützungslagen, dann bereinigt sie damit das Unrecht, das die Papen-Regierung an den Arbeitslosen, den Invaliden, und Unfallrentnern begangen hat. Eine Verlängerung der Winterhilfsmaßnahmen genügt aber nicht, deshalb fordern wir eine Wiederherstellung der Arbeitslosenversicherung durch die Erhebung der Unterstützungssätze auf das Maß der Papen-Notverordnung durch den Wegfall der Hilfsbedürftigkeitsprüfung und der Crisistafel-einteilung und eine organische Zusammenfassung der Arbeitslosen- und Wohlfahrtsfürsorge zu einer einheitlichen, planvoll gestellten Reichsarbeitslosenversicherung.

Die Mängel und Lücken des Geringfügigen Programms, die sich ganz besonders für das industrielle Sachsen außerordentlich ungünstig auswirken, hat der Herr Minister Richter schon in seiner in der vorigen Sitzung abgegebenen Erklärung ziemlich eingehend dargelegt.

Wir begrüßen deshalb die vom Ministerium bereits unternommenen Schritte, die sich in der Richtung unseres Antrages bewegen, fügen aber den Wunsch hinzu, daß sich die sächsische Regierung mit der gleichen Energie, wie sie sie für die Einbeziehung öffentlicher Neubauten zeigte, auch

für die Einbeziehung von Neubauten

in dieses Programm einsetzt. (Sehr wahr! h. d. Soz.)

Wenn der Geringfügigen Plan auf den Wohnungsbau erweitert würde, würde auch für eine vernünftige Mietpreisbildung gesorgt. Da bei Arbeiten, die im Rahmen des Geringfügigen Plans durchgeführt werden, der Tariflohn gezahlt werden muß, weil sie keine Notstandsarbeiten sind, müssen jetzt auch die Bestimmungen fallen, nach denen eine Entlohnung 10 Prozent unter Tarif bei Notstandsarbeiten überhaupt möglich ist.

Es muß auch danach gestrebt werden, den Geringfügigen Plan in anderer Hinsicht zu erweitern. Er soll nur die Möglichkeit der Fixierung von Arbeiten bieten. Wenn diese Beschränkung bleibt, dann können größere Arbeitsprojekte gar nicht in Angriff genommen werden. Deswegen müssen auch diese Beschränkungen fallen. Ebenso notwendig ist es, daß die Regierung die Durchführung der öffentlichen Arbeiten nicht bloß dem Zufall und der Initiative der Gemeinden überläßt.

Weil die öffentliche Arbeitsbeschaffung ja nicht die Arbeitslosigkeit völlig überwinden kann, ist es an der Zeit,

sehen soll.

Im November, als nach dem Rücktritt des Herrn von Papen mit Hitler über die Regierungsabänderung verhandelt wurde, wurde in der ganzen nationalsozialistischen Presse gesagt, es sei doch ein Verbrechen an Reich und Volk, daß der Mann, der ein Programm zur Rettung von Volk und Vaterland sich und fertig in der Schublade hat, nicht zum Kanzler berufen und damit verhindert werde, Volk und Vaterland zu retten. (Lachen h. d. Soz.) Nun ist Herr Hitler seit 15 Tagen Reichskanzler. Seit dieser Zeit hätte man wenigstens so etwas wie ein Arbeitsbeschaffungsprogramm fertig machen können.

Man hört aber nichts mehr von dem angeblichen Arbeitsbeschaffungsprogramm der Nationalsozialisten. Dabei will ich ganz unerörtert sein lassen, ob überhaupt eine da war oder ob Sugenberg die Veröffentlichung verboten hat. Beides wäre ja für die Nationalsozialisten gleich blamabel.

Jetzt spricht man nun von dem Vierjahresplan. Ueber den Inhalt dieses Vierjahresplans hat das deutsche Volk noch kein Wortbenediktend gehört. (Sehr richtig! h. d. Soz.) Der Reichskanzler scheint

diese Fatalität dieser Programmlosigkeit

schließlich selbst zu fühlen. Denn er hat in der Sportpalastversammlung gesagt, daß er jedem, der ihn nach dem Programm frage, antwortet: „Der erste und damit der beste Programm ist Punkt 1 heißt: Wir wollen nicht lügen, wir wollen nicht schwabbeln!“ (Lachen h. d. Soz.)

Es muß schämlich um das Bewußtsein einer großen Partei bestellt sein, wenn man das erst als Programm der Welt bekanntgeben muß. (Seiterkeit! h. d. Soz.)

Noch niemals ist so schamlos gelogen und so infam verheimlicht worden wie in den letzten 14 Tagen.

(Sehr wahr! h. d. Soz.) In bezug auf Arbeitsbeschaffung und Arbeitslosenversicherung hat die Arbeiterschaft tatsächlich gar nichts zu erwarten.

Durch die Papen-Notverordnung sind die Arbeitslosenunterstützung, die Invaliden-, Unfall- und Kriegrenten um etwa 650 Millionen Mark pro Jahr abgebaut worden. Außerdem wurden

neue Wege zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit

zu suchen und zu gehen. Wir haben 7 Millionen arbeitsfähige und arbeitsbereite Menschen, obwohl Rohstoffe und Produktionsmittel genügend zur Verfügung stehen und ein ganz großer ungedeckter Bedarf an allen Lebensmitteln vorhanden ist. Trotzdem werden alle die Produktionsfaktoren, Rohstoffe, sachlichen Produktionsmittel und menschlichen Arbeitskräfte nicht ausgenutzt. (Sehr wahr! h. d. Soz.) Das ist ein ganz katastrophales Versagen des kapitalistischen Wirtschaftssystems. (Sehr wahr! h. d. Soz.) Die Mittel und Möglichkeiten, die früher zur Überwindung von Wirtschaftskrisen gegeben waren, sind heute nicht mehr vorhanden. Damals war durch die Kapitalkraft und durch das Wachstumstempo der Wirtschaft schon eine genügende Möglichkeit zur Krisenüberwindung auch mit kapitalistischen Mitteln vorhanden gewesen. Herr v. Papen hat auch gehofft, durch die Steuererhöhungen Investitionskonjunktoren auslösen zu können. Aber auch in dieser Hinsicht ist ja der Papen-Plan gescheitert, weil kein Unternehmer Kapital in den Betrieb stecken kann, wenn er nicht wenigstens einige Aussicht auf Rentabilität und auf Absatz hat. Und diese Aussicht ist heute nicht vorhanden, weil es eben den Massen an Kaufkraft gebricht.

Soll man nun warten, bis durch ein Wunder der Automatismus der kapitalistischen Wirtschaft wieder in Bewegung gesetzt wird, oder soll man nicht überlegen, ob und inwiefern außer der Beschäftigung Arbeitsloser der öffentlichen Arbeiten nicht auch auf anderem Wege eine Beschäftigung von Erwerbslosen in der Verbrauchsgüterindustrie möglich ist? Dieser Industrie steht ein großer ungedeckter Bedarf gegenüber. Es kommt nur darauf an, Bedarf und Produktionsmittel zusammenzuführen, das ist

das Kernstück des ganzen Arbeitsbeschaffungsproblems.

Staatliche Pläne über die Beschäftigung Arbeitsloser auch in der Verbrauchsgüterindustrie liegen genügend vor. Jene Teile des Optimismus mancher der Verfasser zwar nicht. Wenn es auch keinem möglich sein wird, durch eine zweckmäßige Organisation alle Arbeitslosen mit einem Schläge in Arbeit zu bringen, so ist doch die Möglichkeit durchaus gegeben, Arbeitslose in die Verbrauchsgüterproduktion einzugliedern. Allerdings wird das

ohne staatlichen Eingriff in das Eigentum oder wenigstens in die privatwirtschaftliche Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel nicht gehen. Aber was steht nun höher? Die Unantastbarkeit des Privateigentums und der privatwirtschaftlichen Verfügungsgewalt oder die Existenz von 7 Millionen Arbeitslosen? Ja, es ist nicht nur die Existenz von 7 Millionen Arbeitslosen, die dabei in Frage kommt, es ist das Wohl und Wehe des ganzen Volkes.

(Sehr wahr! h. d. Soz.) Denn die Frage der Einbeziehung der Arbeitslosen in die Produktion ist nicht bloß eine Angelegenheit der Arbeitslosen selbst. Deswegen wird sich

planmäßiger Sozialismus durchsetzen, ob Sie wollen oder nicht. Er wird sich durchsetzen trotz Hitler und Sugenberg.

und wir Menschen haben nur die Wahl, die Geburtswunden entweder zu lindern oder zu verschärfen.

Wir fordern erneut, daß sich die sächsische Regierung für eine obligatorische Verlängerung der Arbeitszeit einsetzt. Und kämpfen Sie (zu den Kommunisten) mit uns für

eine Erhöhung der Löhne auf der ganzen Linie,

das ist das einzig Richtige, was für die Arbeiterschaft getan werden kann. (Leb! Sehr richtig! h. d. Soz. — Gegenrufe h. d. Komm.)

Die Zoll- und agrarpolitischen Experimente,

die die Regierung vorhat, werfen ihre Schatten bereits voraus. Die Böse auf Fleisch und Fleischwaren sind seit verdoppelt worden. Vor allen Dingen werden wir es wieder in der Beschäftigung der Exportindustrie merken. (Abg. Hebrig: Sehr richtig!) Gegen diesen Exportsturm, gegen dieses furchtbare Spiel mit den Lebensinteressen von Tausenden von Exportbetrieben und fast einer halben Million sächsischer Arbeiter muß sich der Landtag auf das entschiedenste wenden. (Sehr wahr! h. d. Soz.), denn es handelt sich hier tatsächlich um eine sächsische Lebensfrage.

Die Zustimmungsabgabe, mit der Herr Hitler jetzt seine Wahlen machen will, wird sehr bald vertrauen, und der Jubel einer ebenso raffinierten wie struppeligen Agitation, die nach Zweckmäßigkeit bald an den Furor teutonien und bald an das Glendebühl der Arbeitslosen und der Bauern appelliert, wird ebenfalls bald verfliegen sein.

Dann wird die Stunde des wirtlichen Sozialismus kommen.

(Leb! Bravo! h. d. Soz.)

Minister Richter erklärt, die Regierung werde auch bei Durchführung des neuen Reichsarbeitsbeschaffungsplanes ihr Streben darauf richten, den besonderen Notgebielen Arbeiten zuzuführen.

Abg. Raupach (Soz.)

begründet einen Antrag der SPD-Fraktion, durch den die Regierung ersucht wird, dem Landtag das wichtigste Ergänzungsprogramm vorzulegen, das in erster Linie Maßnahmen zur Beschaffung von Arbeit und zur Bekämpfung der wirtschaftlichen Notlage vor allem in den Gebirgs- und Grenzgebieten und in solchen Gebieten enthält, in denen durch Abwanderung der Industrie oder durch andere Ursachen Arbeitsmöglichkeiten für die dort wohnende Bevölkerung überhaupt nicht mehr vorhanden sind.

Unser Genosse betont, daß die Frage nicht bloß die Arbeiterschaft, sondern die gesamte Bevölkerung angeht.

Arbeiternot ist auch der Tod der Mittelschichten.

Aber gerade aus den Kreisen des gewerblichen Mittelstandes werden die gefährlichsten Angriffe auf die Lebenshaltung der Arbeiter geführt, und der kleine Mittelständler hat dabei mitempfindet und ist sich nicht dabei bewußt gewesen, daß er damit seine eigene Ruinwirtschaft erschafft. (Sehr wahr! h. d. Soz.) Die Abwanderung der Industrie aus Sachsen durch die Konzentration-

Die Debatte

Dresden, 14. Februar.

Zu Beginn der heutigen Landtagssitzung sprach Präsident Dr. Eckardt den Offizern von Neunhüchen das tiefste Mitgefühl des Landtages aus.

Das Haus trat zunächst in die Schlußberatung über das Tierärztekammergesetz

Abg. Hebrig (Soz.)

Die sozialdemokratische Fraktion hat bereits zum Ausdruck gebracht, daß sie grundsätzliche Gegnerin der Vorlage ist. In ganz Sachsen gibt es 508 Tierärzte, von denen nur 222 eine freie Praxis haben. Die übrigen sind bei Behörden und wissenschaftlichen Institutionen angestellt und brauchen keine Tierärztekammer. Für rund 200 Tierärzte will man also in der gegenwärtigen Zeit eine eigene Kammerorganisation errichten. Dafür sind wir nicht zu haben. Die Kammerorganisation scheint sein zu sollen der Kammerbeitritt zur Kammerorganisation, die wegen der geringen Mitgliederzahl nicht lebensfähig ist. Einzige kommt, daß gewisse Rechte, daß mit dieser Kammerorganisation eine Erhöhung der Gebühren der Tierärzte durchgesetzt werden soll. Wir sehen nicht ein, daß wir mit dieser Vorlage den Tierärzten einen Gefallen tun. Im Zeichen des Abbaues der Verwaltung ist eine solche Vorlage nicht zu verwirklichen. Deshalb lehnen wir sie ab.

Die Vorlage wird entsprechend den Ausschlußbeschlüssen gegen die Stimmen der Linken angenommen.

Kraftfahrzeugsteuer und Treibstoffpreise

Es folgte die zweite Beratung der Anträge auf Erhebung der Kraftfahrzeugsteuer und der Treibstoffpreise.

Abg. Müller (Mittweida, Soz.) berichtet über die Ausschlußverhandlungen, die den sozialdemokratischen Antrag zum Gegenstand hatten. Der Berichterstatter beleuchtete nochmals die Preispolitik der Betriebsstoffhersteller, die von der Reichsregierung getrieben wird. Daß mit ihr gebrochen werden muß, sei eine Notwendigkeit, die sich aus den heutigen Verhältnissen ergebe. Der sozialdemokratische Antrag fordert die Umwandlung der Kraftfahrzeugsteuer in eine reine Verbrauchssteuer, weiter die Annullierung der Treibstoffpreise in Deutschland an die Weltmarktpreise, ferner die Aushebung des Beihilfensystems, dessen Aufrechterhaltung nur einer dünnen Schicht ganz außerordentliche Gewinne einbringe und eine Abzoffelung des gesamten Kraftverkehrs bedeute. Im Ausschuß ist der Antrag im ersten Teile in folgender Fassung angenommen worden: „Die Kraftfahrzeugsteuer im Sinne einer gerechteren Besteuerung unter Berücksichtigung der Verbraucher umgewandelt wird und weiter wie bisher zur Straßenunterhaltung verwendet bleiben muß.“ Im übrigen ist der Antrag vom Ausschuß unverändert angenommen worden mit Ausnahme der Teile, in denen die Aufhebung aller der Kraftfahrzeugsteuer belastenden Böden und die Schaffung eines Reichsmonopols für die Treibstoffe gefordert werden.

Die Abstimmung ergibt die Annahme der Ausschlußanträge. Weiter wird angenommen ein völksparteilicher Antrag, daß die Kraftfahrzeugsteuer allgemein, insbesondere aber zugunsten der Handwerker, benutzenden Kraftfahrzeugbesitzer, mit sofortiger Wirkung und im Benehmen der Fahrzeughalter wesentlich gesenkt wird.

Das Arbeitsbeschaffungsproblem

Der Kommunist Breitenborn berichtet dann für den Hausaltersausschuß B über die Anträge auf Erhebung von Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

Abg. Arndt (Soz.)

Arbeitsbeschaffung und Arbeitslosenversicherung sind die Zentralprobleme unserer Zeit und werden es auch auf lange Zeit bleiben. Von der Notwendigkeit der Arbeitsbeschaffung hat auch schon Herr von Papen und jetzt sogar Herr Sugenberg gesprochen. Dafür können sich die Arbeitslosen und Hilfsbedürftigen nichts kaufen und nicht satt essen, die Arbeitslosigkeit wächst, und je wächst trotz, vielleicht sogar wegen des Papen-Programms. Das Papen-Programm, insbesondere das Hauptstück desselben, das Steuererhöhungsexperiment, ist inzwischen kläglich gescheitert. Was von ihm geblieben ist, ist

nichts weiter als eine ungerechtfertigte Bereicherung gewisser Unternehmer, eine ungeheure Belastung des Reiches und schließlich eine Gefahr für das ganze Volk.

deren Gedanke und erst zum Bewußtsein kommen wird, wenn die Steuererhöhungen und die Beschlüsse, die für die Offiziere gehen werden, eingeleitet werden sollen. Das Reich hat Milliarden an Schulden aufgenommen, um gewissen Unternehmern und den verlotterten Großlandwirtschaftern Milliarden an Geldrenten zu machen. Das ist kein Arbeitsbeschaffungsprogramm, das ist Wirtschaftskiller, soweit die Offiziere in Frage kommt, sogar Korruption (Sehr wahr! bei den Soz.), wie sie schlimmer nicht dazugehört ist und auch nicht denkbar ist. Nach diesen ungeheuren trüben Erfahrungen hat schließlich

das Volk ein Recht darauf, zu erfahren, was denn nun auf dem Gebiete der Arbeitsbeschaffung geschehen soll.

Die Arbeiter verlangen, daß ihnen ganz konkret gesagt wird, was denn nun auf dem Gebiete der Arbeitsbeschaffung ge-

SARRASANI

Heute zweimal Sarraani: 3 Uhr und 8 Uhr.
 Nachm. 3 Uhr: Familienveranstaltung
 mit Sarraanis schönsten Haupt-
 gruppen und Frühlingsfesten. 1933
 Abends 8 Uhr: Das schönste Sarra-
 ani-Programm. 9.30 Uhr: Der Welt-
 kampf der starken Männer. Ring-
 kämpfe von unerreichtem Spannungswert.

Zentraltheater-Tunnel
 An Donnerstag, den 16. Februar
Fred Kaiser-Ensemble
 Neues Programm
 Hertha Lehnig, Kapellmeister
 Kurt Widder

Sonja Backow, das lau-
 rende Nymphchen
 Adèle Wänter, der Junge
 vom Meer
 The Celmas, Sensations-
 - und Akrobatis-
 Ritze, szenische Akro-
 -ballett
 Jacke Trio, Balanakt in
 höchster Vollendung
 Mittwochs und Sonntags
Nachmittags-Vorstellung
 bei freiem Eintritt!
 Ab 1. März das neue große
 Programm!
 Von 15. bis 18. Februar Pötel-
 stube 3 Uhr! 11270

Bar Geld!

Lieber kleinere Posten
 umsetzen und Kassa-
 geschäfte!

Der Arbeiter
 als Kunde hilft zu-
 erst diesen Geschäfts-
 grundsatz verwirk-
 lichen. Geschäftsleute,
 die das erkennen,
 inserieren in der

**Dresdner
 Volkszeitung!**

Upton Sinclair
 Warum gibt es Armut?
**Briefe
 an einen
 Arbeiter**
 Mit 20 Zeichnungen von Lili Réthl.
 Ganzleinen 2.50 Mark.
Dresdner Volksbuchhandlungen

Der Roman einer Großstadtjugend
**Die
 Mietskaserne**
 VON ERNST ERICH NOTH
 (Paul Krants)
 Ganzleinenband RM 4.80

Der Roman des jungen Autors
 ist kein Schreibtischprodukt.
 In jeder Zeile wirkt er er-
 schütternd lebensnah. Es ist
 ein Dokument, das alle an-
 geht, die sich mit dem Pro-
 blem der großen Städte
 und der heranwachsenden
 Generation beschäftigen.

Zu beziehen durch:
**Volksbuchhandlung
 Kaden & Comp.
 Dresden - A., Wettinerplatz 10**

**Gas zweite Stück
 zum halben Preis!**

Meter oder Paar der gleichen Art und Preislage. (Markenartikel ausgenommen)

**und zwar in den
 Abteilungen:**

**Strümpfe • Handchuhe • Wollwaren • Trikotagen • Herrenartikel •
 Modewaren • Schals • Baumwollwaren und Weißwaren • Bett-
 wäsche • Tischwäsche • Frottierväsche • Badewäsche • Haus-
 wäsche • Inletts • Steppdecken • Schlafdecken • Gardinen •
 Damen-, Herren- und Kinderwäsche • Schürzen • Korsetts •
 Berufskleidung • Spitzen und Besätze • Festons • Taschentücher**

Weitere Beispiele:

Damen-Strümpfe echt ägyptisch Mako, extraver- stärkte Ferse, Sohle und Spitze ... Paar 75 Pf. 38 Pf. das zweite Paar nur	Rein - Mako - Damast 130 cm breit, prachtvolle, glanz- reiche Aussteuer-Qua- lität ... Meter 155 78 Pf. das zweite Mtr. nur
Damen-Strümpfe Kunstseide mit Mako plattiert, ein sehr solider Gebrauchs- strumpf ... Paar 95 Pf. 48 Pf. das zweite Paar nur	Frottier-Handtücher 50/100 cm, schwere Qualität, in schönen Pastellfarben, Stück 75 Pf. 38 Pf. das zweite Stück nur
Damen-Schlüpfer 2fädig Charmeuse, sehr haltbare, gute Kunstseiden-Qual., Größe 42/48, Stück 1.45 73 Pf. das zweite Stück nur	Barchent-Bettücher 220 cm lang, teils blüten- weiße Qualität, teils gute Körper-Qualität ... Stück 2.25 1 ¹³ das zweite Stück nur
Damen-Berufsmäntel aus starkfädigem Kretonne, zum Durchknöpfen, haltbare Qualität ... Stück 1.95 98 Pf. das zweite Stück nur	Faltenstores 225 cm hoch, 3 abgenähte Blenden, breiter Klöp- pel-Einsatz und -Abschluß, Seidenfransen ... Meter 3.25 1 ⁶³ das zweite Meter nur
Damen-Nachthemden aus sehr gutem Wäsche- tuch, mit Stickereien reich garniert, Stück 1.95 98 Pf. das zweite Stück nur	Künstler-Garnituren Schalgröße 90x275, moderne Tüll- gewebe, Blumenmuster mit breitem Sockel, Garnitur 6.90 3 ⁴⁵ die zweite Garnitur nur
Büstenhalter aus wunder- schönen Spitzen, sehr gut sitzende Form, besonders preis- wert ... Stück 95 Pf. 48 Pf. das zweite Stück nur	Steppdecken fertige Größe 150x200, kunstse- dener Oberstoff und volle, schöne Füllung, Stück 10.50 5 ²⁵ das zweite Stück nur

Nur gute Alsbere-Qualität!

Alsbere

Trotz alledem:
 Aufruf des Gesamtverbandes

Die Verkettung des Gesamtverbandes hat in
 den letzten Monaten überaus erfreuliche Resultate ge-
 zeitigt. Die Ortsverwaltung Berlin konnte bis Ende Januar
 4300 Neuaufnahmen verzeichnen, Hamburg 1800, Rheinland 800
 (darunter Köln 500), München 675, Bremen 288. Vier Orte und
 ein Bezirk verzeichnen 8000 Neuaufnahmen. Die Gesamtzahl der
 Neuaufnahmen seit Beginn der Berichtsperiode beträgt über 14.000.
 Der Gesamtverband befindet sich im Aufstiege — trotz al-
 ledem und alledem.

Keine Betriebswahl für 1932
 in der sächsischen Justizverwaltung

Der im Dezember 1931 gewählte Hauptbetriebsrat für den
 Bezirk der sächsischen Justizverwaltung botte sich auf den Stand-
 punkt gestellt, daß die Amtsdauer um ein Jahr verlängert würde.
 Die gleiche Auffassung hatten die Gewerkschaften, das Justiz-
 ministerium, das sächsische und das Reichsarbeitsministerium ein-

genommen. Nur die zwei nationalsozialistischen Mit-
 glieder des Hauptbetriebsrates meinten, daß eine Verlängerung
 nicht in Frage komme, weil die betreffende Verordnung der Reichs-
 regierung nicht anwendbar sei.

Sie hatten deshalb bei dem Arbeitsgericht den Antrag
 gestellt, einen Wahlvorstand zu bestellen. Unverständlicherweise hat
 das Arbeitsgericht dem Justizministerium anheimgegeben, eine Fest-
 setzungslage gegen den Hauptbetriebsrat einzuleiten, um in diesem
 Verfahren eine Entscheidung hinsichtlich der Amtsdauer herbeizu-
 führen. Dem Arbeitsgericht war bekannt, daß Justizministerium,
 Hauptbetriebsrat und Gewerkschaften für eine Verlängerung der
 Amtsdauer waren. Das Justizministerium hat aber der Anregung
 des Arbeitsgerichts entsprochen und das Arbeitsgericht angerufen.
 Obgleich zwischen den Parteien Einigkeit bestand, hat das Arbeits-
 gericht entschieden, daß die Betriebsratswahl stattzufinden habe.
 Dieser völlig unmögliche Standpunkt wurde erfreulicherweise
 dem Landesarbeitsgericht nicht gestellt. Das Landes-
 arbeitsgericht in Dresden hat festgestellt, daß sich die Amtsdauer
 um ein Jahr verlängert. Der Erfolg ist dem Zentralverband der
 Angestellten zuguschreiben, der den Prozeß für den Hauptbetriebsrat
 durchgeführt hat.

Dieser völlig unmögliche Standpunkt wurde erfreulicherweise
 dem Landesarbeitsgericht nicht gestellt. Das Landes-
 arbeitsgericht in Dresden hat festgestellt, daß sich die Amtsdauer
 um ein Jahr verlängert. Der Erfolg ist dem Zentralverband der
 Angestellten zuguschreiben, der den Prozeß für den Hauptbetriebsrat
 durchgeführt hat.

Die Betriebsratswahlen im Bereiche der sächsischen Justiz-
 verwaltung finden also für 1932 nicht statt.

Deutschnationales Arbeitsideal

D. Erbauliche Zustände in einem deutsch-
 nationalen Zeitungsunternehmen enthält ein Pro-
 zess vor dem Frankfurter Arbeitsgericht.

Der frühere Verleger der deutschnationalen Frankfurter Post,
 Schewerle, wurde zur Nachzahlung von 465 Mark
 und der Sozialisten an den Alleinverleger des Blattes
 verurteilt. Sechs Monate hindurch hatte dieser für monatliche
 Beträge von 25 bis 30 Mark die ganze Zeitung allein redigiert und
 zeitweise als Kinderjäger — er war damals 20 Jahre alt —
 verantwortlich gezeichnet. Nicht einmal sein jammervoll niedriges
 Gehalt hatte der junge Mann auf einmal erhalten, sondern auch
 dies nur „tropfenweise“ bis zu „Montagshungen“ von 150 Mark
 herunter. Dabei hat der deutschnationale Arbeitgeber den Allein-
 verleger weder zur Krankenkasse noch zur Arbeits-
 losenversicherung noch zur Angestelltenversicherung
 angemeldet. Andererseits zahlte der Verlag für zwei
 Theaterkritiken an einen deutschnationalen Staatsanwalt 20 Mark.

Table of street names and house numbers in Leipzig, organized in columns. Includes streets like Waisenburger Straße, Waisenstraße, Waisenstraße, etc.

Die Ausgelegten befinden sich:

- List of specific addresses and locations where items are displayed, such as 'Neues Rathaus, Ringstraße 10', 'Schanzstraße 11', etc.

100 Millionen Mark Ausfuhrückgang

Die Trümmer des deutschen Fertigwarenexports

Der Abschluß des Außenhandels für den Monat Januar 1933 ist geeignet, alarmierend zu wirken. Im Monat Dezember 1932 ergab der deutsche Außenhandel noch einen Heberüberschuss von 88 Millionen Mark.

kommen dafür in der Hauptform erhaltene Hypotheken, Gemeinde- darlehen und mündelbare Wertpapiere in Frage. Die Summe der Hypotheken hat sich von 1931 bis Ende 1932 um 103,1 Millionen Mark auf 181 Millionen Mark gesteigert.

Wer wenig verdient - kann wenig kaufen

Ge-wa-ko. So ist ein Aufsatz der Neuen Leipziger Zeitung vom 22. Januar betitelt. Die Umschichtung im Volkseinkommen

Table showing income distribution statistics: Lohnklasse, Ködian, Rückgang von 1929 bis 1932 in Prozent.

Die Einfuhr macht insgesamt für Januar 1933 gleich 367,8 Millionen Mark gegen 422,7 Millionen Mark im Vormonat, im Dezember 1932, aus.

Die Volkswirtschaft, gewerkschaftlich-gesellschaftliche Organisationen, gibt ihr Vermögen für Ende des Jahres 1932 mit 213 Millionen Mark an gegenüber 185 Millionen Mark Ende 1931.

Vertical text on the right edge of the page, including 'Nr. 40' and 'Das M...'.